

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/042(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 24.05.2006	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:25Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschriften vom 31.03.2006 und 26.04.2006
- 3 Beschlussvorlagen und Informationen
- 3.1 Weitere Verlängerung der Befristung der Stellplatzablösesatzung
Vorlage: DS0084/06
BE: FB62
- 3.2 Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 103-1
"August-Bebel-Damm Westseite"
Vorlage: DS0117/06
BE: Amt 61 und FB62; 17:30 Uhr
- 3.3 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 103-1 "August-Bebel-Damm
Westseite"
Vorlage: DS0118/06
BE: Amt 61 und FB62; 17:40 Uhr

- 3.4 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009 -
Maßnahme 79 "Veröffentlichungen" (Handlungsfeld 6)
Vorlage: DS0135/06
BE: Amt 61; 17:55 Uhr
- 3.5 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009 -
Maßnahme 80 "Planungsleistungen" (Handlungsfeld 7)
Vorlage: DS0136/06
BE: Amt 61; 18:05 Uhr
- 3.6 Umsetzung Haushaltskonsolidierung - Maßnahme 78
Vorlage: DS0134/06
BE: Amt 50; 18:15 Uhr
- 3.7 Teilrückbau und Sanierung IKITA J.-Göderitz-Straße
Vorlage: DS0063/06
BE: FB03; 18:25 Uhr
- 3.8 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das
Konservatorium Georg Philipp Telemann
Vorlage: DS0103/06
BE: Amt 44; 18:35 Uhr
- 3.9 Überprüfung zur Errichtung eines Kreisverkehrs Schönebecker
Straße/Porsestraße
Vorlage: I0064/06
BE: Amt 66; 18:45 Uhr
- 3.10 Jahresabschluss zum 31.12.2003 der Magdeburger
Messebetriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Vorlage: DS0158/06
BE: FB02; 19:00 Uhr
- 3.11 Jahresabschluss zum 31.12.2003 der Magdeburger
Messeverwaltungsgesellschaft mbH
Vorlage: DS0160/06
BE: FB02; 19:10 Uhr
- 3.12 Jahresabschluss zum 31.12.2003 der P.G.M. Parkraum GmbH
Magdeburg
Vorlage: DS0170/06
BE: FB02; 19:25 Uhr
- 3.13 Beteiligungsbericht 2005
Vorlage: DS0130/06
BE: FB02; 19:35 Uhr
- 3.14 Information zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nr.: 800-
Z001(IV)05 vom 15.12.2005
Vorlage: I0132/06
BE: FB02; 19:45 Uhr

- 3.15 Dienstanweisung 20/02 über Stundung, Niederschlagung und Erlass vom 07.11. 2003;
Zum Rechtscharakter der Niederschlagung und zur Stadtratszuständigkeit - in der Neufassung der DA 02/02 vom 21.02.2006.
Vorlage: I0042/06
- 3.15.1 Übersicht über die erfolgten Niederschlagung
- 3.15.2 Vorlage eines Kompromissvorschlages zur zukünftigen Verfahrensweise
BE: FB02; 20:00 Uhr
- 3.16 Übersicht über die Entwicklung der Budgets im Zeitraum 2000 bis 2005
BE: FB02
- 3.17 Anträge zum Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007 - DS0129/06 (soweit vorliegend)
BE: FB02
- 3.18 Bericht zum Frühjahrshochwasser 2006 in der Landeshauptstadt Magdeburg (LHMD)
Vorlage: I0139/06
vorb. der Behandlung beim OB am 16.05.2006
BE: Amt 37
- 3.19 Verschiedenes

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke
Stadtrat Holger Franke
Stadtrat Walter Meinecke
Stadtrat Gunter Schindehütte
Stadtrat Hilmar Schoenberner
Stadtrat Reinhard Stern
Stadtrat Alfred Westphal
Stadträtin Beate Wübbenhorst

Vertreter

Stadtrat Rainer Lühr

in Vertretung für Herrn Bromberg

Protokoll

Frau Michaela Paetsch

Abwesend

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Stadträte anwesend. Stadtrat Bromberg wird von Herrn Löhr vertreten. Frau Meinecke übernimmt den Vorsitz der heutigen Sitzung. Sie eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Den Stadträten wird zu TOP 2 das Protokoll der Arbeitsgruppe Rothensee vom 08. 05. 2006 als Tischvorlage ausgereicht.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

Der Tagesordnung wird mit 8 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschriften vom 31.03.2006 und 26.04.2006

Die Niederschriften sind den Stadträten rechtzeitig zugegangen.

Frau Meinecke bittet um Abstimmung zu den vorliegenden Niederschriften:

Die Niederschrift der Sondersitzung vom 31. 03. 2006 wird mit 5 – 0 – 3 bestätigt.

Die Niederschrift vom 26. 04. 2006 wird mit 7 – 0 – 1 bestätigt.

Die Niederschrift vom 10.05.2006 lag den Stadträten zur heutigen Sitzung zwar bereits vor, da sie auf der Tagesordnung nicht vermerkt ist, wird hierüber jedoch erst in der FG-Sitzung am 07.06.2006 abgestimmt.

3. Beschlussvorlagen und Informationen

3.1. Weitere Verlängerung der Befristung der Stellplatzablösesatzung Vorlage: DS0084/06

Herr Schindehütte macht darauf aufmerksam, dass man ab dem 01.01.2005 keine gültige Satzung mehr hatte. Aus diesem Grund bittet er um Auskunft, wie man in der Zwischenzeit gehandelt hat.

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass es im Jahr 2006 noch keine entsprechenden Anträge gegeben hat. Lediglich eine Stundung auf der Grundlage eines Bescheides aus dem Jahr 2005 wurde in diesem Zusammenhang bearbeitet.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.2. Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 103-1
"August-Bebel-Damm Westseite"
Vorlage: DS0117/06
-

Herr Dr. Scheidemann nimmt Bezug auf die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes zur Lärmsituation und führt aus, dass diese für eine Industrieansiedlung unproblematisch ist.

Herr Westphal informiert über das Abstimmungsergebnis im StBV (9 – 0 – 0).

Herr Stern möchte wissen, wieviel ha-Fläche für eine Einzelansiedlung zur Verfügung stehen.

In Beantwortung der Frage führt **Herr Dr. Scheidemann** aus, dass ca. 20 bis 25 ha zur Verfügung stehen. Zwei große Bereiche könnten sofort angeboten werden, lediglich die Metritze gestaltet sich etwas problematisch.

Frau Meinecke stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem StBV mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.3. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 103-1 "August-Bebel-Damm
Westseite"
Vorlage: DS0118/06
-

Herr Westphal informiert über das Abstimmungsergebnis im StBV (7 – 0 – 2).

Frau Meinecke stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.4. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009
- Maßnahme 79 "Veröffentlichungen" (Handlungsfeld 6)
Vorlage: DS0135/06
-

Herr Dr. Peters gibt eine kurze Einführung in die Drucksache.

Herr Schindehütte merkt kritisch an, dass mit dieser Drucksache u. a. auch keine Freixemplare mehr für die Stadträte zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Dr. Peters führt aus, dass es aufgrund der besseren Haushaltssituation in den Anfängen noch wesentlich mehr Handlungsspielraum gab. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Veröffentlichungen sind jedoch in den letzten Jahre rapide gesunken. In den vergangenen Jahren wurden u. a. auch bewusst größere Auflagen gedruckt, da die Druckkosten pro Stück für eine Auflagenstärke von beispielsweise 200 Stück z. T. teurer waren als für eine Auflagenstärke von 2.000 Stück.

Herr Stern führt aus, dass das Amt 61 zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Veröffentlichungen herausgibt, die dann auch je nach Thema mal mehr und mal weniger nachgefragt werden. Diesen Aspekt sollte man seiner Ansicht nach in Zukunft vermehrt berücksichtigen. So werden Veröffentlichungen zu bestimmten Themenbereichen fast ausschließlich von den Stadträten und der Verwaltung und kaum von Bürgern nachgefragt.

Wieder andere Veröffentlichungen würden aber gerade auch von Touristen nachgefragt und hier sollte man mehr Anreizmöglichkeiten für eine Vermarktung schaffen.

Herr Westphal schlägt vor, dass man in diesem Zusammenhang auch entsprechende Vertriebsbeziehungen zu Buchhandlungen herstellen und sicherlich auch eine vertragliche Bindung erzielen könnte.

Herr Dr. Peters führt aus, dass das Amt 61 bereits diesbezügliche Bemühungen unternommen hat.

Frau Meinecke stellt die Drucksache zur Abstimmung:

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009
- Maßnahme 80 "Planungsleistungen" (Handlungsfeld 7)
Vorlage: DS0136/06

Herr Dr. Peters führt aus, dass sich die Erbringung der geforderten Einsparsumme in diesem Bereich als problematisch darstellt, da die Höhe des vorgegebenen Einsparpotentials von der Zentralen Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung mit 10 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts des Amtes 61 angesetzt wurde. Allerdings hat das Amt 61 seiner Auffassung nach auf die Höhe von bestimmten Ausgabepositionen, wie beispielsweise die Personalkosten, Bewirtschaftungskosten und IuK-Leistungen, keine direkte Beeinflussungsmöglichkeit, um hier tatsächlich Einsparungen durchzusetzen.

Weiterhin führt **Herr Dr. Peters** aus, dass das Amt 61 in den letzten Jahren bereits sämtlichen Forderungen nach Kürzungen nachgekommen ist und aufgrund von unbesetzten Stellen im Jahr 2005 bereits 272 TEUR eingespart wurden. Und auch in den ersten drei Monaten des Jahres 2006 wurden aufgrund von unbesetzten Stellen 34 TEUR eingespart.

Herr Westphal äußert seine Verwunderung darüber, dass die verbalen Ausführungen von Herrn Dr. Peters zur Erläuterung der Drucksache von dem Beschlusstext der Drucksache soweit abweichen, dass letztlich ein völlig anderer Tenor entsteht. In diesem Zusammenhang macht er nochmals darauf aufmerksam, dass die Stadt momentan ein über 90 Mio. EUR Defizit hat und es somit Ziel aller Ämter sein muss, durch entsprechende Einsparvorschläge dazu beizutragen, diesen Schuldenstand abzubauen.

Des weiteren wird von **Herrn Westphal** ausgeführt, dass das in der DS0516/05 benannte Einsparpotential von den Stadträten bewusst nicht mit entsprechenden Haushaltspositionen untersetzt wurde, um den Ämtern Handlungsspielraum zu gewähren, wie sie dieses Einsparpotential erzielen wollen.

Herr Stern ist der Auffassung, dass die Arbeitsweise des Amtes 61 mit dieser Drucksache gefährdet wird. Aus diesem Grund sind die von Herrn Dr. Peters geschilderten Probleme für ihn auch nachvollziehbar. Im übrigen ist er der Auffassung, dass man sich in der derzeitigen Haushaltssituation damit befassen sollte, welche Leistungen auf freiwilliger Basis erbracht werden und welche Leistungen darüber hinaus tatsächlich zwingend von der Stadt erbracht werden müssen.

Herr Löhr hält die Einsparvorgabe in dieser Höhe für das Amt 61 ebenfalls für problematisch, da sich die Stadt damit eventuell auch selbst schaden könnte.

Herr Stern macht deutlich, dass es Ziel der Stadt sein sollte, wenn in der Stadt was bewegt werden soll, weitere Arbeitsplätze zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellen die Planungsleistungen des Amtes 61 Pflichtleistungen dar, die seiner Auffassung nach erbracht werden müssen, um die o. g. Zielstellung der Stadt überhaupt realisieren zu können.

Herr Zimmermann führt aus, dass es aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation nicht mehr nur ausreicht bei den freiwilligen Leistungen zu sparen, aus diesem Grund wurde im Beschlussvorschlag der Drucksache bewusst auf Leistungsminderungen hingewiesen. Im übrigen ist diese Drucksache durch den Oberbürgermeister bestätigt worden.

Des Weiteren erläutert **Herr Zimmermann**, dass das Amt 61 insgesamt über einen Ausgabeansatz von 5,2 Mio. EUR verfügt und von diesem soll 10 % bzw. 620 TEUR eingespart werden. Diese Einsparvorgabe hält er bei einer Gesamtausgabehöhe von 5,2 Mio. EUR auch für realisierbar.

Herr Westphal macht den Vorschlag eventuell im Beschlusstext das Wort Leistungsminderungen zu streichen.

Frau Meinecke fragt bezüglich den Ausführungen auf Seite 4 der Drucksache zu den in Eigenarbeit erbrachten Planungsleistungen der Mitarbeiter des Amtes 61 nach, was die betreffenden Mitarbeiter vor der Erbringung dieser Planungsleistungen in Eigenarbeit für Arbeitsaufgaben wahrgenommen haben. In diesem Zusammenhang bittet Sie um eine Aussage, welche anderen Arbeiten bedingt durch diesen Fakt in der vergangenen Zeit liegengeblieben sind.

Herr Dr. Peters erklärt nochmals, dass das Amt 61 seiner Ansicht nach lediglich in den Ausgabepositionen Einsparungen realisieren kann, auf die das Amt direkten Einfluss hat und dies sind seiner Auffassung nach die an Dritte vergebenen Planungsleistungen. Bezüglich der Nachfrage von Frau Meinecke macht er deutlich, dass in den vergangenen Jahren wesentlich mehr Projekte durch eigene Mitarbeiter bearbeitet wurden.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 4 – 1 – 4 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.6. Umsetzung Haushaltskonsolidierung - Maßnahme 78
Vorlage: DS0134/06

Seitens der Stadträte wird keine weitere Einbringung der Drucksache gewünscht.

Auf Nachfrage von **Herr Schindehütte**, warum das Lehrlingswohnheim in der Albert-Vater-Straße in dieser Drucksache nicht aufgeführt ist, erläutert **Frau Borris**, dass dieses nicht in den Verantwortungsbereich des Amtes 50 fällt und damit von dieser Drucksache nicht erfasst wird.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.7. Teilrückbau und Sanierung IKITA J.-Göderitz-Straße
Vorlage: DS0063/06

Frau Wübbenhorst informiert über das Abstimmungsergebnis im Jugendhilfeausschuss (12 – 0 – 0).

Herr Stern fragt kritisch nach, ob der auf Seite 4 der Drucksache erläuterte direkte rollstuhlgerechte Zugang aus allen Gruppenräumen ins Freie unbedingt geschaffen werden muss und damit wie dargestellt, mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 127 TEUR gerechnet werden muss.

Frau Köhler erläutert, dass dieser rollstuhlgerechte Zugang ins Freie lediglich für einen Raum geschaffen werden muss. Die aufgeführten 127 TEUR müssen somit nicht zwingend anfallen.

Die Drucksache wird dem StBV mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.8. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für
das Konservatorium Georg Philipp Telemann
Vorlage: DS0103/06

Frau Meinecke informiert über das Abstimmungsergebnis im Kulturausschuss (3 – 0 – 1).

Auf eine weiterführende Einbringung der Drucksache wird seitens der Stadträte verzichtet.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.9. Überprüfung zur Errichtung eines Kreisverkehrs Schönebecker
Straße/Porsestraße
Vorlage: I0064/06

Herr Westphal bemängelt, dass aus den vorgelegten Unterlagen nicht ersichtlich ist, wie die Auftragsunterlagen für die vorgelegten Rechnungen ausgesehen haben. Die Rechnungen sind ohne diese Informationen für den FG nicht nachvollziehbar.

Herr Schindehütte fragt nach, warum der Durchmesser des Kreisverkehrs für die Schönebecker Straße/Porsestraße so groß sein muss und warum hier eine Straßenaufweitung für eine 2-spürige Verkehrsführung vorgesehen wird.

Herr Weinert führt aus, dass dies notwendig war, um die Nutzung des Kreisverkehrs auch für größere LKWs zu gewährleisten. Im übrigen soll auch der Kreisverkehr am Pfälzer Platz über einen solch großen Durchmesser verfügen

Diese Begründung ist für **Herrn Schindehütte** nicht nachvollziehbar, da es z. T. wesentlich kleinere Kreisverkehre gibt, die über eine Insel verfügen, die auch von großen LKWs überfahren werden kann.

Herr Weinert erklärt, dass er hierzu keine weiteren Erläuterungen abgeben kann, da er die Planung für einen Kreisverkehr selbst nicht vornimmt. Im übrigen ist mit der Empfehlung zur I0098/06 für die Minimalvariante der Bau eines Kreisverkehrs ohnehin nicht mehr möglich.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass die bisherige Verkehrsführung für das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich vollständig ausreichend war, der Bau eines Kreisverkehrs ist für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Stern vertritt den Standpunkt, dass das Verkehrsaufkommen aus Richtung Buckau wegen der Ampelanlage in diesem Bereich immer wieder zu Staus geführt hat. Für ihn ist allerdings nicht schlüssig, warum hier eine Aufweitung der Straße für eine 2-spurige Verkehrsführung beim Bau eines Kreisverkehrs notwendig sein sollte, wenn doch der Kreisverkehr am Hasselbachplatz bei wesentlich höherem Verkehrsaufkommen auch nur einspurig ist. Im übrigen bezweifelt er, dass der Kreisverkehr am Pfälzer Platz ebenfalls über einen Innenkreis von 7 m verfügen soll.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass bei der Minimalvariante an dieser Stelle dann auch keine Lichtsignalanlage installiert werden muss. Er ist der Meinung mit der Beschluss des StBV hat sich die gesamte Thematik seiner Ansicht nach erledigt.

Herr Weinert führt aus, dass u. a. auch die Unfallstatistik der Polizei Grundlage für die Planung der Lichtsignalanlage war.

Herr Schindhütte ist der Auffassung, dass sich der StBV mit der Gesamtproblematik zur Planung eines Kreisverkehrs in der Stadt nochmals befassen müsste.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

3.10. Jahresabschluss zum 31.12.2003 der Magdeburger
Messebetriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Vorlage: DS0158/06

Auf eine Einbringung der Drucksache wird verzichtet.

Herr Stern möchte wissen, warum der Jahresabschluss 2003 erst jetzt vorgelegt wird.

Frau Kliebe erläutert, dass der protokollierte Aufsichtsratsbeschluss für das Geschäftsjahr 2003 aufgrund des erfolgten Personalwechsels infolge der Umwandlung der Gesellschaft erst im März 2006 eingeholt werden konnte. Bezüglich der Neustrukturierung der Gesellschaft führt sie aus, dass die Liquidation bereits abgeschlossen sei und nur noch Formalien fehlen, um die Gesellschaft löschen zu können.

Herr Stern ist der Auffassung, dass eine Entlastung des Herrn von Enzberg mit dem Beschluss dieser Drucksache nicht erfolgen sollte.

Frau Kliebe führt aus, dass mit dieser Drucksache lediglich die persönlich haftende Gesellschafterin und nicht der Herr von Enzberg entlastet wird. Im übrigen sei Herr von Enzberg im 1. Halbjahr 2004 noch Liquidator der Gesellschaft gewesen.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.11. Jahresabschluss zum 31.12.2003 der Magdeburger
Messeverwaltungsgesellschaft mbH
Vorlage: DS0160/06
-

Da gegen den Herrn von Enzberg ein Verfahren läuft, ist **Herr Stern** der Auffassung, dass eine Entlastung des Herrn von Enzberg, wie im zweiten Anstrich des Beschlussvorschlages enthalten, nicht erfolgen sollte.

Herr Westphal erwidert, dass es im Jahr 2003 noch keine Vorwürfe gegen Herrn von Enzberg gab und sich die jetzt erhobenen Vorwürfe gegen ihn auch nicht auf das Geschäftsjahr 2003 beziehen.

Herr Schindehütte stellt den Antrag, die Entlastung nur für die Geschäftsführung der Messeverwaltungsgesellschaft zu erteilen.

Der Antrag wird von den Stadträten mehrheitlich abgelehnt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.12. Jahresabschluss zum 31.12.2003 der P.G.M. Parkraum GmbH
Magdeburg
Vorlage: DS0170/06
-

Herr Westphal möchte wissen, warum der Jahresabschluss 2003 erst jetzt vorgelegt wird.

Frau Kliebe erklärt, dass man das Ergebnis der Betriebsprüfung des Finanzamtes abwarten wollte.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 3.13. Beteiligungsbericht 2005
Vorlage: DS0130/06
-

Auf eine Einbringung der Drucksache wird verzichtet.

Herr Westphal informiert über das Abstimmungsergebnis im Verwaltungsausschuss (12 – 0 – 0).

Im übrigen ist er der Auffassung, dass sich die Stadträte mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht im einzelnen intensiver befassen sollten, da er doch sehr ausführlich ist und somit ein besseres Bild über die Situation der einzelnen Gesellschaften liefert. Er wird diesen Vorschlag auch in den Wirtschaftsausschuss mitnehmen.

Herr Czogalla hebt hervor, dass sehr viel Arbeit in die Erstellung des Beteiligungsberichtes investiert worden ist und dieser eine sehr gute Qualität erreicht hat. Um die Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre gewährleisten zu können, plant man zukünftig den Beteiligungsbericht immer in dieser Form vorzulegen. Er muss allerdings darauf hinweisen, dass die Erstellung des Beteiligungsberichtes aufgrund der Erstellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften nicht fristgerecht erfolgen konnte. Und auch in den Folgejahren ist davon auszugehen, dass es aufgrund dieser Tatsache nicht zu einer fristgerechten Fertigstellung des Beteiligungsberichtes

kommen wird. Das Landesverwaltungsamt ist diesbezüglich bereits mit dem Hinweis informiert worden, die im § 123 Abs. 3 GO LSA enthaltene Frist für die Vorlage des Beteiligungsberichtes aus den oben angeführten Gründen zu verlängern.

Herr Schindehütte verlässt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Schindehütte erscheint um 19:05 Uhr wieder zur Sitzung.

- 3.14. Information zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nr.: 800-Z001(IV)05 vom 15.12.2005
Vorlage: I0132/06
-

Herr Zimmermann erläutert, dass ein Vorkaufrecht für die Landeshauptstadt Magdeburg nicht besteht und im übrigen für Teile dieser Flächen ein Planfeststellungsbeschluss gefasst wurde. Ein Grundstückserwerb durch die LH MD kann somit nicht erfolgen.

Frau Wübbenhorst verlässt kurzzeitig die Sitzung und erscheint um 19:10 Uhr wieder zur Sitzung.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass diese Information in einem engen Zusammenhang zur DS0180/06 steht.

Herr Zimmermann führt aus, dass dies nicht der Fall sei, da es sich dabei um unterschiedliche Flurstücke handelt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 3.15. Dienstanweisung 20/02 über Stundung, Niederschlagung und Erlass vom 07.11. 2003;
Zum Rechtscharakter der Niederschlagung und zur Stadtratszuständigkeit - in der Neufassung der DA 02/02 vom 21.02.2006.
Vorlage: I0042/06
- 3.15.1. Übersicht über die erfolgten Niederschlagung
- 3.15.2. Vorlage eines Kompromissvorschlages zur zukünftigen Verfahrensweise
-

Den Stadträten wird eine Übersicht über die durchgeführten unbefristeten Niederschlagungen im Haushaltsjahr 2005 sowie ein entsprechender Kompromissvorschlag, wie der FG zukünftig über die erfolgten Niederschlagungen informiert werden soll, als Tischvorlage ausgereicht.

Herr Zimmermann gibt eine kurze Erläuterung zu den ausgereichten Unterlagen. In diesem Zusammenhang macht er den Vorschlag, dass die Verwaltung auch bereit wäre, den FG bereits über alle unbefristeten Niederschlagungen ab einer Höhe von 25 TEUR entsprechend zu informieren.

Herr Stern bittet um Auskunft, ob es Mitarbeiter in der Stadt gibt, die die Beitreibung der niedergeschlagenen Forderungen auch weiterhin verfolgen. In diesem Zusammenhang macht er

nochmals auf einen Fernsehbericht aufmerksam, in dem von einer Stadt berichtet wurde, die diesbezüglich private „Eintreiber“ beauftragt hat.

Herr Zimmermann führt aus, dass die Stadt lediglich bei öffentlich-rechtlichen Forderungen berechtigt ist, die Vollstreckung der Forderungen selbst zu verfolgen. Bei privatrechtlichen Forderungen muss die Stadt zunächst einen Titel beim Amtsgericht erwirken. Des Weiteren hebt er hervor, dass die Stadt bereits einen intensiven Datenaustausch mit dem Finanzamt betreibt, um eventuelle Doppelermittlungen seitens der Stadt zu vermeiden.

Nach kurzer Diskussion kommen die Stadträte überein, dass die Verwaltung den FG quartalsweise über die erfolgten unbefristeten Niederschlagungen ab einer Höhe von 25 TEUR zu informieren hat.

3.16. Übersicht über die Entwicklung der Budgets im Zeitraum 2000 bis 2005

Den Stadträten wird eine Übersicht über die Entwicklung der Budgets im Zeitraum 2000 bis 2005 als Tischvorlage ausgereicht.

Herr Hartung macht einige kurze Erläuterungen zu den ausgereichten Unterlagen.

Aufgrund des sehr umfangreichen Materials kommen die Stadträte überein, dass bei eventuellen Rückfragen seitens der Stadträte ggf. über den Vorsitzenden des FG eine nochmalige Behandlung in einer späteren FG-Sitzung beantragt wird.

3.17. Anträge zum Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007 - DS0129/06

Den Stadträten liegen bisher lediglich zwei Änderungsanträge vor, aus diesem Grund kommt man überein, dass eine Behandlung dieser Anträge erst in der Stadtratssitzung erfolgen soll.

3.18. Bericht zum Frühjahrshochwasser 2006 in der Landeshauptstadt Magdeburg (LHMD)
Vorlage: I0139/06

Herr Czogalla macht deutlich, dass der Ablauf im Umgang mit der Hochwassersituation im Frühjahr 2006 schon sehr eingespielt war und wesentlich reibungsloser als im Jahr 2003 erfolgte. Allerdings sind die Schäden, die das Frühjahrshochwasser 2006 verursacht hat, doch sehr erheblich. So sind u. a. massive Schäden im Bereich Rotehornpark, an den Radwegen in Elbnähe und im Volksgarten festzustellen. Nach Einschätzung des Eigenbetriebs SFM muss zur Beseitigung dieser Schäden mit einer Grundinstandsetzung in Höhe von 800 TEUR gerechnet werden. Eine Beteiligung des Landes an diesen Kosten wird nicht erfolgen, allerdings wird die LH MD darauf aufmerksam machen, dass eine Beteiligung des Landes an der Beseitigung dieser Schäden für die Kommunen zwingend erforderlich ist.

Herr Westphal ist der grundsätzlichen Auffassung, dass die Schäden beseitigt werden müssen, allerdings muss vorher geklärt werden, aus welchem Haushaltstiteln die finanziellen Mittel bereitgestellt werden sollen und welche Einschnitte dies in anderen Bereichen verursacht.

Herr Czogalla sagt zu, dass diese Fragen ggf. vor Erarbeitung einer entsprechenden DS mit dem FG erörtert werden.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

3.19. Verschiedenes

Herr Schindehütte erinnert daran, dass der FG darüber informiert werden möchte, warum das Parkett im Hansesaal schon so sehr zerkratzt ist.

Herr Zimmermann sichert zu, dass diese Anfrage nochmals an das Amt 13 und den FB03 weitergeleitet wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Karin Meinecke
Stellvertretende/r Vorsitzende/r

Michaela Paetsch
Schriftführer/in